

Der Deutsche Holzarbeiter

Eigentum und obligatorisches Organ des christlichen Holzarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 75 Pf. Deutscher Postzeitungsvertrag 1924a.
Für die Mitglieder des Verbandes durch die Zahlstellen gratis.

Insertionspreis: Die einseitige Petitzeile oder deren Raum 15 Pf.

Redaktion und Expedition: Köln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telephonruf 7605
Redaktionschluss: Dienstag Mittag.

N 51.

Köln, den 18. Dezember 1903.

IV. Jahrgang.

Kollegen, agitiert für unseren Verband!

Die Deputation des Frankfurter Arbeiterkongresses beim Reichskanzler.

Am 13. Dezember empfing der Reichskanzler Graf Bülow die Deputation, welche von dem Deutschen Arbeiterkongress in Frankfurt beauftragt worden war, die Beschlüsse dieses Kongresses dem Reichskanzler zu überbringen. Die Deputation bestand aus den beiden Vorsitzenden des Kongresses, Behrens (Berlin) vom Evangelischen Arbeiterverein und Stegerwald (Köln), Generalsekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, ferner aus den drei Referenten des Kongresses, Schiffer (Krefeld), Vorsitzender des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter, Schad (Hamburg), Vorsitzender des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes, sowie Giesberts (M.-Glabbach), Arbeitersekretär der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, und dem Landtagsabgeordneten Schürmer, Vertreter der süddeutschen Eisenbahn- und Postbedienstetenverbände. Franz Behrens überreichte die Resolutionen des Kongresses mit folgenden Worten:

Ezcellent! Der deutsche Arbeiterkongress hat uns den Auftrag erteilt, Ez. Excellenz die Beschlüsse des Kongresses zu überbringen.

Zum ersten Male haben sich die christlich und nationaldenkenden Arbeiter zusammengesunden, um gemeinsam sozialpolitische Angelegenheiten zu beraten. Wir dürfen auf diese Veranstaltung mit Befriedigung zurückblicken. Wir glauben den Boden gefunden zu haben, auf dem ein ernstliches Zusammenarbeiten der den verschiedenen Konfessionen und politischen Parteien angehörenden Arbeiterorganisationen möglich ist.

Die auf dem Kongress versammelten Vertreter der über 600 000 Mitglieder zählenden Arbeiter- und Gehilfenorganisationen erkannten dankbar an, was durch die gesetzliche Sozialreform auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung und des Arbeiterschutzes bereits geschehen ist. Die Versammelten vertraten die Erwartungen, die Ez. Excellenz am 20. Jan. 1903 im Reichstage gegeben haben, daß der Fortgang der Sozialreform nicht unterbrochen werden soll. Zugleich aber war der Kongress der Überzeugung, daß die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den anderen Volksständen und der damit verbundene Ausbau der Freiheit, wie sie durch die Erlasse unseres Kaisers vom Februar 1890 gewährleistet wurden, noch nicht erfüllt ist. Die nationaldenkende Arbeiterklasse wünscht, daß das bestehende Konstitutionsrecht gestärkt und ausgebaut werde, denn die ungehinderte Vereinigung und Organisation ist notwendig, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bessern und dem Arbeiter die Mitwirkung an der Regelung derselben zu ermöglichen. Das Ziel hierbei soll nicht der Klassenkampf, sondern die Verständigung mit den Arbeitgebern auf dem Boden der gegenseitigen Gleichberechtigung sein.

Ferner wird es von der Arbeiterklasse oft bitter empfunden, daß die bestehenden einzelstaatlichen Vereins- und Organisationsrechte sehr oft der Entwicklung der Arbeiterorganisationen und einer freien, kraftvollen sozialpolitischen Betätigung im Wege stehen. Ganz besonders ist dieses bezüglich der Betätigung der Frauen an sozialpolitischen Vereinigungen der Fall. Da jedoch gerade die Frage des Arbeiterinnenbeschutzes ein so wichtiger Teil der sozialen Bewegung ist, so ist die Mitwirkung der Frauen beim Arbeiterinnenwohlwollen zu wünschen. Endlich bedarf die Beschäftigung der Dienstboten einer Reform. Die Dienstboten wünschen, daß ihnen die Rechtshilfsfähigkeit sowie Sicherstellung ihres Vermögens in einer Form gegeben werde, welche ihrer Bewegungsfreiheit nicht hinderlich ist. Ganz besonders aber möchten wir Ez. Excellenz den dringenden Wunsch des Kongresses empfehlen, daß endlich der Bewusstseinsbildung der paritätischen Arbeitskammern im Sinne der Erlasse unseres Kaisers näher getreten werde. Der Kongress war einstimmig der Ansicht, daß solche Arbeitskammern ein Mittel zur Verständigung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber sein würden. Wir überbringen Ihnen dabei die gefassten Beschlüsse und die Drucksachen des Kongresses. Die Männer der Arbeit, welche in Frankfurt versammelt waren, sind sich der Schwierigkeiten bewußt, welche ihren Bestrebungen, die christlich und national-

denkende Arbeiterschaft zu gemeinsamer sozialer Friedensarbeit zu sammeln, entgegenstehen. Sie sind jedoch fest entschlossen, mutig und zuversichtlich auf der betretenen Bahn voranzuschreiten. Dazu ermunigt uns ganz besonders die warme Sympathie, die unser Kaiser dem Kongress zum Ausdruck gebracht hat, und die dankbar stürmische Begeisterung, mit welcher der Kongress die Umgebung Ez. Majestät ausgenommen hat. Wir versichern Ez. Excellenz, daß die deutschen Arbeiter, die uns beauftragt haben, Ihre Wünsche zu unterbreiten, erfüllt sind von herzlichster Treue und Liebe zu unserem erlauchtem Kaiser und unserem deutschen Vaterland. Wir wollen dahin wirken, daß diese Gefühle nie erlöschen und dahin streben, daß die sozialen Zustände in unserem Vaterlande so werden, daß die deutsche Arbeiterschaft sich glücklich und zufrieden fühlen kann.

Hierauf erwiderte der Reichskanzler wie folgt:

Ich freue mich, Sie hier zu sehen und danke Ihnen, daß Sie durch Ihren Besuch mir Gelegenheit geben, Sie persönlich kennen zu lernen. Ihr Frankfurter Kongress war für mich eine willkommene Erscheinung. Ich habe mir über den Verlauf der dort gepflogenen Beratungen eingehend Bericht erstatten lassen. Als Wahl des richtigen Weges begrüße ich, daß die in Frankfurt versammelten Arbeitervertreter sich an den Kaiser gewandt haben. Nur auf gesetzlichem Wege, unter dem Schutz der Monarchie und auf dem Boden der Solidarität aller Staatsbürger ist ein wirklicher und dauernder Fortschritt für die deutschen Arbeiter möglich. Unbedingt dürft Gegenströmungen von links und rechts halt das Oberhaupt des Reiches daran fest, daß es zu seinem, für Deutschlands Zukunft wichtigsten Aufgaben gehört, die Wohlfahrt der deutschen Arbeiter zu fördern und ihr Vorwärtstreben innerhalb der notwendigen Unterordnung auch der Arbeiterinteressen unter das Gemeinwohl mit dem kaiserlichen Gerechtigkeitsfinn zu unterstützen. Es ist ein bleibender Maßstab unseres deutschen Kaiserthums, das unter allen staatlichen Machtgebilden zuerst und aus freiem Antrieb die Initiative zur Einführung gesetzlicher Schutzmaßnahmen für die Arbeiter ergriffen und im Reiche Fürsorgeeinrichtungen ins Leben gerufen hat, die in anderen Kulturländern noch nicht verwirklicht worden sind.

Die letzten 20 Jahre haben bei uns den arbeitenden Klassen gegen früher wesentliche Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage gebracht, und an dem Ausbau der grundlegenden Gesetzgebung wird stetig fortgearbeitet. Wenn irgend jemand dem werthigsten Deutschen die Erreichung einer Lebenshaltung wünscht, die ihn zu einem besser gestellten Arbeiter der Welt machen würde, so ist es unser Kaiser. Das können Sie mir glauben. Was nun die amtliche Behandlung Ihrer Resolutionen betrifft, so brauche ich Ihnen, die Sie politisch geschulte Männer sind, nicht auseinanderzusetzen, daß ich als erster Beamter eines so lukrativen Staatswesens, wie das Deutsche Reich, keine hindernissen für die Initiative der Arbeiter in der Gesetzgebung aussprechen kann, um alle Ihre Wünsche zu erfüllen. Wohl aber will ich Ihnen versichern, daß ich Ihre Bestrebungen verstehe und würdige, die Gleichberechtigung der Arbeiter auf dem Boden der Selbsthilfe und in staatlich geordneter Interessenvertretung noch mehr zur Geltung zu bringen und daß ich daher für eine ernste, sachliche Prüfung Ihrer Frankfurter Resolutionen Sorge tragen werde. Mögen Sie auch aus der Vergangenheit der staatlichen Arbeiterfürsorge in Deutschland Vertrauen für die Zukunft schöpfen, daß sich die verschiedenen Regierungen ihrer staatlichen Aufgaben gegenüber den Arbeitern vollkommen bewußt und entschlossen sind, sie gewissenhaft zu erfüllen. Die Hoffnung, daß Sie diesen Vertrauen mit sich fortbringen, macht mir unser Zusammenreffen wertvoll, und ich danke Ihnen nochmals, daß Sie mich aufgesucht haben.

Daran schloß sich eine zwanglose Unterhaltung, die etwa eine Stunde dauerte. Die Deputierten benutzten die Zeit, um noch manche Beschwerden der Arbeiter zum Ausdruck zu bringen. Graf Bülow erkundigte sich nach der Herkunft der einzelnen Kollegen sowie nach dem Stand und der Thätigkeit ihrer Verbände und brachte seine besondere Anerkennung über das einträchtige Zusammengehen der christlich und national getauften Arbeiter ohne Unterschied der Konfession und der politischen Parteilichung aus, wie es in Frankfurt zutage getreten sei. Es bleibt nun abzuwarten, inwieweit die Regierung den berechtigten Forderungen der Arbeiter

entgegenkommt. Jedenfalls werden die Scharfmacher alles versuchen, um die Regierung gegen die Forderungen zu beeinflussen. Die 600 000 organisierten Arbeiter, die hinter den Forderungen stehen, dürften jedoch der Regierung nahe legen, nicht den Scharfmachern, sondern den Arbeitern Gehör zu schenken, dies umsomehr, als die Arbeiter das Recht auf ihrer Seite haben.

Die englischen Gewerkschaften im Jahre 1902.

Während in Deutschland trotz nur geringer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse die Gewerkschaftsbewegung auch im Jahre 1902 bedeutende Fortschritte gemacht hat, ergibt für die englischen Gewerkschaften das Jahr 1902 einen Rückgang der Mitgliederzahl um 12 446 Personen oder um 0,6 pSt. Den 1 927 952 Gewerkschaftsmitgliedern Ende 1901 stehen Ende 1902 1 915 506 gegenüber. Allerdings war im Jahre 1901 schon der Fortschritt nur ein geringer gewesen, 0,6 pSt., besonders, wenn man die Entwicklung in den Vorjahren vergleicht, die für den Zeitraum 1896/1900 z. B. einen Durchschnittsgewinn von 6,3 pSt. aufzuweisen hat. In den letzten beiden Jahren scheint also in dem „Mutterlande“ der gewerkschaftlichen Organisation ein gewisser Stillstand eingetreten zu sein. Gründe für diese Erscheinung gibt die amtliche Statistik, soweit sie im Novemberheft des „Reichsarbeitsblatt“ wiedergegeben wird, nicht an; doch wird man vielleicht nicht fehl gehen in der Annahme, daß die englischen Gewerkschaften zum Teil an den Grenzen ihrer natürlichen Organisationsfähigkeit angelangt sind, zumal sich in den letzten 10 Jahren die Mitgliederzahl der 100 bedeutendsten Gewerkschaften schon um rund 29 pSt., diejenige sämtlicher Gewerkschaften um 27 pSt. erhöht hat. Von der Gesamtmitgliedszahl aller Gewerkschaften entfallen 69 pSt. auf das Berggewerbe, Bergbau- und Steinindustrie, Metall- und Maschinenindustrie, den Schiffbau und die verschiedenen Zweige der Textilindustrie. 520 000 oder 27 pSt. sämtlicher Gewerkschaftsmitglieder gehören allein der Bergbau- und Steinbruchindustrie an.

Die Hauptstärke der englischen Gewerkschaften liegt in ihren Kassenverhältnissen, bezüglich welcher die englische amtliche Arbeiterstatistik für die 100 bedeutendsten Gewerkschaften eingehendere Zahlen gibt. Nach der Statistik ist das angesammelte Kapital der 100 bedeutendsten Gewerkschaften von 32,16 Millionen Mark im Jahre 1892 auf 90,36 Millionen Mark im Jahre 1902 gestiegen, was eine Gesamtzunahme um 181 pSt. bedeutet. Die Gesamteinnahmen der Vereine beliefen sich im Jahre 1902 auf über 43 Millionen Mark — die höchste bisher erreichte Höhe — die Gesamtausgaben auf über 37 Millionen Mark. Von letzteren entfielen auf Streikunterstützung 11,9 pSt., Arbeitslosen- und sonstige Unterstützung (Krankengeld, Unfall-, Pensionsunterstützung, Begräbniskosten) 66,2 pSt., Verwaltungskosten und ähnliches 21,9 pSt. Von den Ausgaben für das Unterstützungswesen entfielen im Jahre 1902 23,2 pSt. auf Arbeitslosenunterstützung, 18,2 pSt. auf Kranken- und Unfallunterstützung, 10 pSt. auf Pensionsunterstützung und 5,4 pSt. auf Begräbniskosten.

Die Zahl der Gewerkschaftsräte (Committees) ist von 184 zu Ende 1901 auf 182 am Schlusse des Jahres 1902 gesunken, die Zahl der an-

geschlossenen Mitglieder von 797.540 auf 818.050 in derselben Zeit gestiegen. Gleichzeitig stieg die Zahl der Gewerkschaften von 106 auf 91, während die Mitgliederzahl (1.800.000) sich im wesentlichen auf der gleichen Höhe hielt. Der Gesamtverband der Gewerkschaften (General Federation) zählte am Schlusse 1902 414.000 Mitglieder; letzterer, gegründet im Jahre 1899 mit dem Zwecke der Vereinigung aller Gewerkschaften zu gemeinsamen Aktionen, scheint keine Fortschritte zu machen. Der Gegensatz zwischen den Gewerkschaften gelehrter und nichtgelehrter Arbeiter, sowie die verschiedenen Klassenverhältnisse der einzelnen Gewerkschaften scheinen einem engeren bauernden Zusammenschluß Schwierigkeiten zu bieten.

Landesbau.

Fortschritte der Organisation in der Provinz Posen und Schlesien. In Posen fand am 29. November eine Konferenz christlicher Bauhandwerker statt. Gewerkschaftssekretär Gasse erstattete Bericht über seine bisherige Tätigkeit. Darnach hat derselbe seit 1. April d. J. bis zum Tage der Konferenz die gewaltige Strecke von 11588 km oder 1544 Meilen in 101 Tagen auf der Eisenbahn zurückgelegt. Es kosteten diese Reisen an Bahngeld 281,80 Mk. Sämtliche Reisen hatten den Zweck, den „Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands“ in den Ostprovinzen einzuführen. In einer Reihe Orte sind neue Zahlstellen errichtet worden. Im ganzen hat der Verband jetzt in den vier Ostprovinzen Posen, Schlesien, Ost- und Westpreußen 24 Zahlstellen mit 1103 Mitgliedern. In Schlesien versucht man von Berlin aus katholische Fachsektion und in Posen (Provinz) polnische Nationalverbände zu gründen. Bis jetzt stehen die Organisationen jedoch nur auf dem Papier. Trotz der Schwierigkeiten ist ein allgemeines Wachstum der Mitgliederzahl des christlichen Verbandes wahrzunehmen. Die Konferenz wählte einen Ausschuss von 4 Personen, (2 deutsche und 2 polnische) welcher die Agitation besonders in die Hand nehmen soll. Um die Mittel dazu aufzubringen, wurde beschlossen, in den Monaten Dezember, Januar und Februar 10 Pf. pro Woche und pro Mitglied zu zahlen.

Leben und Wohnungsverhältnisse der bayerischen Militärarbeiter. Der christlich-sozialer Verband der nichtgewerblichen Arbeiter (Abteilung Militärarbeiter) hat eine Denkschrift ausgearbeitet und dem Landtag, sowie dem Kriegsministerium vorgelegt. In derselben werden die Forderungen der Arbeiter hinsichtlich der Lohnverhältnisse und Altersversorgung prägnant dargestellt. Arbeiter, die fünf Jahre hindurch ununterbrochen in militärischen Betrieben tätig gewesen sind, müssen zu den ständigen Arbeitern gerechnet werden und können nicht mehr kurzer Hand entlassen werden. Für in technischen Instituten beschäftigte Arbeiter wird jährlich steigendes Lohnsystem verlangt bis zu zehnjähriger Dienstzeit (Hochlohn). Gebeten wird um einen Anfangslohn von 2,50 Mk. für gelehrte Arbeiter von 3 Mk. Weiter wird gebeten um Errichtung einer Betriebskassenkasse und Verbesserung der Witterverhältnisse. Eine Untersuchung der Wohnungsverhältnisse in Lathen und Hochmuthing bei Schleißheim soll genauestens Zustand der Wohnungen dieser Arbeiter, die zum Teil dort wohnen, ergeben haben. Die meisten Wohnungen besitzen keine Küche, vielen fehlt der Abort. Die Wohnzimmern müssen häufig als Wohn- und Schlafzimmern und als Küche benutzt werden. Einzelne Zimmer sind bis zu acht Personen bewohnt. Nur in 7 Fällen von den 51 Wohnstätten erreicht der Kubinhalt der Wohnzimmern die im Zellengefängnis für eine Person berechnete Luftmenge von 16 Kubikmetern.

Gewerkschaftswahlen. In M. Stadbach wurden bei den Gewerkschaftswahlen die Kandidaten der christlichen Gewerkschaften 1685, die der sozialdemokratischen Verbände 416 Stimmen. In Lathen bei Augsburg erhielten die christlichen Arbeiter 176, die sozialdemokratischen 23 und die sozialdemokratischen 323 Stimmen. Auf Grund des Proportionalwahlgesetzes erhielten demnach die christlichen Arbeiter 2, die sozialdemokratischen 1, und die sozialdemokratischen 3 Vertreter. In Freilburg erhielten auf die Kandidaten der christlichen Gewerkschaften 696 und auf die der sozialdemokratischen Verbände 796 Stimmen. Da 10 Bewerber zu wählen waren und die Wahlstimmenzahl in Anwendung kam, so erhielt der Partei 6 Vertreter. In Kain, erhielten die Kandidaten der christlichen Arbeiter

5112 und die Sozialdemokraten 9588 Stimmen. In Neßze siegte die christliche Partei gegen die sozialdemokratische mit 280 gegen 108 Stimmen. In Passau regten am 29. November die christlichen Arbeiter mit 122 gegen 82 sozialdemokratische Stimmen.

Der Düsselborfer Innungsausschuss gegen die christlichen Gewerkschaften. Am 2. Dezember hielt der Düsselborfer Innungsausschuss eine Sitzung ab, in welcher, wie aus folgendem Bericht der „Westf. Gewerbezeitung“ hervorgeht, gegen die christlichen Gewerkschaften Stellung genommen wurde:

Die Besprechung wurde insbesondere veranlaßt durch die Thatsache, daß auch Handwerksgehilfen in die Gewerkschaftsbewegung hineingezogen werden, obwohl diese Bewegung für solche nicht zu empfehlen ist. (I) Die jüngsten Ereignisse, die öffentlichen Versammlungen im Paulushaus usw. bestätigen diesen Grundsat. Als höchst bedauerlich wurde es bezeichnet, daß gerade die christlichen Gewerkschaften „gelinde gesagt“ in so unverzeihlicher Weise vorgehen. Zur Sache wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: 1) Bezüglich der Differenzen der Schuhmacher-Innung mit den Gesellen wird nach Kenntnisnahme der Verhältnisse bestätigt, daß der Vorstand seine Pflicht gethan und keinen Anlaß zu diesen Differenzen gegeben hat. 2) Die in der letzten Zeit zu Tage getretene Agitation der christlichen Gewerkschaften nimmt Formen an, welche eine Gefahr für das gedeihliche Zusammenarbeiten zwischen Meister und Geselle bedeuten. Wir sprechen hierüber unser tiefstes Bedauern aus und sehen uns genötigt, die Leitung dieser Agitation auf die Gefährlichkeit (I) derselben aufmerksam zu machen. Wir bedauern ferner, daß besondere Agitatoren aufgestellt werden, welche von Ort zu Ort ziehen, die Gesellen beunruhigen und so ein gedeihliches Verhältnis zwischen Meister und Geselle unmöglich machen. (I) Wir erklären: Wenn traktierte Gründe zu Klagen oder vernünftige Verbesserungsvorschläge vorzuschlagen sind, so soll man sich an die offizielle Vertretung des Handwerkerstandes wenden. Es ist dies der beste Weg, etwa bestehende Differenzen und Mißstände zu beseitigen. Auf alle Fälle aber ist es nicht statthaft, seine Nebenmenschen, wie solches geschehen ist, an den Pranger zu stellen.

Die armen rückständigen Handwerker! Ihre reaktionäre Leitung ist im Interesse des Handwerks selbst zu beklagen. Von den christlichen Gewerkschaften und ihren Bestrebungen haben die Deutschen gar keine Ahnung. Die Arbeiterorganisationen sind ihnen un bequem, deshalb sind die Herren ungerecht und einseitig. Es hilft aber nichts, unsere Bewegung geht unaufhaltsam vorwärts — auch in den handwerkermäßigen Berufen, und die rückständigen Innungen werden sich mit uns abzufinden haben.

Kursus für die Führer der katholischen Gewerkschaften. In der Zeit vom 1. bis 21. November veranstalteten die Vertreter der katholischen Gewerkschaften in Berlin einen Kursus, um Agitatoren aus dem Arbeiterstande auszubilden. An 22 Personen aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands sollen diesen Kursus besucht haben. Die Kosten trug der Verband der katholischen Arbeitervereine Nord- und Ostdeutschlands bzw. die von ihm ins Leben gerufene Leofistung. Am Schlusse des Kursus ließ man die Teilnehmer nachstehenden Revers unterschreiben:

Erklärung.

Ich habe in der Zeit vom 1. bis 21. November d. J. an dem sozialen Unterrichtskursus für Arbeitersekretäre des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) teilgenommen, auf Kosten der Leo-Jubiläumstiftung des Verbandes und verpflichte mich ehrenwörtlich, einerseits auf Verlangen des Verbandsvorstandes und des Bezirkspräsidenten im Verband der katholischen Arbeitervereine eine soziale Auskunftsstelle oder ein katholisches Arbeitersekretariat zu leiten, andererseits in einer anderen Organisation außerhalb des Verbandes der katholischen Arbeitervereine nicht tätig sein zu wollen.

Berlin, den 21. November 1903.

Mit den anderen Organisationen außerhalb des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) sollen wohl die christlichen Gewerkschaften getroffen werden. Die Berliner Herren scheinen ihren ausgebildeten Agitatoren nicht recht zu trauen und zu befürchten, daß sie bei einigem klaren Ueberlegen doch zu den gefährlichen „unreligiösen“ christlichen Gewerkschaften abgewandten würden, was wohl trotz des dreiwöchigen Kursus über kurz oder lang eintreten wird. So viel Vertrauen auf die gesunde Urteilskraft selbst der katholischen Arbeiter des Nordens und Ostens haben wir trotz und alledem. Wie kluglich nimmt sich aber eine Gewerkschaftsbewegung aus, deren Führer man „ehrenwörtlich“ an die Fahne binden muß, damit sie nicht entlaufen sollen. Das hier beliebte Verfahren geht zum ganzen System.

Detmold. Das 10-jährige Bestehen feierte am 28. November die hiesige Fachschule zu Detmold, verbunden mit dem Stiftungsfest der Fachschülervereinigung. Es wurde dieses Jahr besonders festlich begangen, weil das 10-jährige Bestehen der Fachschule hat in dankenswerter Weise die Dienste

der neuen städtischen Gewerbeschule vom 1. Dez. ab der Fachschule zur Verfügung gestellt. In der Feier hatten sich viele frühere Schüler eingefunden, zum Teil waren sie aus weiter Ferne herbeigezogen, um sich noch einmal in die frohe Studienzeit zurückzuerwerfen. Die Schüler, welche verhindert waren, an der Feier teilzunehmen, hatten Begrüßungstelegramme gesandt. Am Vorabend der Uebersiedelung in die neuen Räume veranstalteten die Fachschüler einen großen Fackelzug durch die Hauptstraßen der Stadt. Am 1. Dez. morgens 9 Uhr versammelten sich die Lehrer und Schüler nochmals in den alten Schulräumen und unter Vorantritt einer Musikkapelle ging es durch die Hauptstraßen der Stadt nach der neuen Gewerbeschule, die Lehrer der Anstalt hatten im Wagen Platz genommen, der Vorstand der Fachschülervereinigung war mit Fahne und studentischen Abzeichen erschienen, daran reihten sich in langem Zuge die Schüler mit Emblemen der Zeichnung. Bei der Ankunft in dem neuen Schulgebäude hielt der Direktor eine Ansprache, der Präses Herr Kott brachte auf die Lehrer der Anstalt ein Hoch aus, womit die offizielle Feier beendet war. Für die vielen früheren Schüler, die in den 10 Jahren die Anstalt besucht haben, wird obige Notiz von Interesse sein. Für die Anstalt bedeutet die Uebersiedelung in das städtische Gebäude ein neuer Abschnitt in der Entwicklung der Schule und ein Ansporn zum tüchtigen Weiterstreben. Die Detmolder Fachschule ist die erste in Deutschland, die mit der abgekürzten Studienzeit und einem entsprechenden Lehrplan hervorgetreten ist und damit gute Erfolge erzielt hat. Programme werden kostenfrei versandt.

Bekanntmachung.

Zum Unterstützungsfond für terrorisierte und gemafregelte Kollegen gingen weiter ein: Trier 3,14 Mk.; früher eingegangen 578,74 Mk.; zusammen 581,88 Mk.

Wir machen hiermit darauf aufmerksam, daß die Abrechnungsformulare für das 4. Quartal mit der nächstwöchentlichen Zeitungsendung an sämtliche Zahlstellen versandt werden. Die Kassierer und Vertrauensleute werden gebeten, dafür zu sorgen, daß das 4. Quartal möglichst ohne Restanten abschließt.

Bei der letzten Abrechnung hat es sich gezeigt, daß manche Zahlstellen deshalb längere Zeit mit der Abrechnung zögern, um vorher noch alle rückständigen Beiträge einzuziehen zu können. So lobenswert es nun auch ist, wenn eine Zahlstelle keine Restanten hat, so müssen wir andererseits doch auch dringend bitten, pünktlich abzurechnen. Die Beiträge lassen sich ebensogut vor Quartalschluß einziehen. Was würden die Kollegen sagen, wenn wir mit der Auszahlung von Streikunterstützung etwa 6—8 Wochen zu spät herangerückt kämen?

Rechtsprechung.

Hat der Akkorbarbeiter auch ohne ausdrückliche Zustimmung Anspruch auf ein bestimmtes Mindestlohn? Eine Stepperin, die zur Bedienung zweier Maschinen gegen Akkorlohn beschäftigt war, wurde nach Ablauf der Kündigungsfrist entlassen. Während der Dauer des Arbeitsverhältnisses verdiente sie bei täglich 10 stündiger Arbeitszeit 18 Mk. wöchentlich. In der letzten Woche nach der Kündigung erhielt sie jedoch so wenig Arbeit, daß sie 18 Stunden feiern mußte, weshalb sie auf 7 Mk. Schadenersatz beim Gewerbegericht Bescheid Klage erhob. Die Klage wurde abgewiesen aus folgenden Gründen: Einen allgemeinen Mindestlohn hat der Akkorbarbeiter Anspruch auf ein durchschnittliches Maß von Arbeit für die ganze Zeit des Arbeitsverhältnisses, gibt es nicht. Die GG. gewährt lediglich in § 124 2. 4 dem Strohlohnarbeiter ein Recht zu sofortiger Niederlegung der Arbeit, wenn der Arbeitgeber nicht für ausreichende Beschäftigung sorgt. Im übrigen ist ein Anspruch auf ein bestimmtes Mindestlohn nur dann gegeben, wenn ein solches ausdrücklich garantiert worden ist. Ferner kann ein Anspruch auf Schadenersatz nur daraus begründet werden, daß der Arbeitgeber absichtlich in einer gegen Treu und Glauben verstoßenden Weise dem Akkorbarbeiter, um ihm den Verdienst zu entziehen, wenig Arbeit gibt. Daß dem Beklagten ein solcher Verstoß gegen Treu und Glauben zur Last falle, ist durch die Beweisaufnahme nicht dargethan. Es spricht nicht etwa ein besonders auffallendes Mißverhältnis zwischen dem Arbeitsverdienst dieser Woche und der Vergangenen für ein unethisches Verhalten des Beklagten. Der Betrag des Arbeitsverdienstes ist allerdings in der in Betracht kommenden Woche etwas geringer gewesen als sonst. Doch mag dies auf üblicheren Geschäftsgang mit dem der Akkorbarbeiter, wenn er sich nicht ein Mindestlohn garantiert hat, rechnen muß, zurückzuführen sein. Der Beklagte hat, wie eingewandt, die Klage nicht als ein bestimmtes abgegrenztes Arbeitsverhältnis, sondern als ein Geschäft, und hat auch in dieser Woche die ganze

verfügbare Arbeitsmenge dieses Produktionsabschnittes der Mägenin zugewiesen. Daß die Mägenin außerdem noch andere geartete Arbeit ihrer Mitarbeiterinnen übernehme, war es nicht zu kulden verpflichtet.

Aus den Bahnhallen.

Würzburg. Einen sehr interessanten Vortrag hielt in der letzten Versammlung Arbeitersekretär Strümpfer und zwar über das Thema: „Der Arbeitslohn und seine Bestimmung“. Besonders für die Mitglieder unserer Bahnhallen sind die Ausführungen obigen Themas von Interesse, da die Stimmung ziemlich allgemein dahin geht, mit dem Lohnsystem zu brechen, um den Zeitlohn einzuführen. Es ist von Notwendigkeit, daß jeder Kollege die Licht- und Schattenseiten dieser beiden Systeme genau kennen lernt. Darum komme ein jeder am Sonntag den 20. d. M. zur Versammlung, in welcher der 2. Teil dieses Vortrages stattfindet. Auch wird dringend ersucht, bis dahin die Beiträge für's laufende Quartal in Ordnung zu bringen.

Olda. Die am 9. Dezember stattgehabten Gewerbe-richtswahlen hatten das Ergebnis, daß für die Kandidaten der christlichen Gewerkschaften 5112 und für diejenigen der sozialdemokratischen Verbände 9506 Stimmen abgegeben wurden. Nicht mit eingerechnet sind die Stimmen im Deutzer Bezirk, da hier die Wahl infolge lebensgefährlichen Andranges der Wähler aufgehoben wurde. Ein Vergleich mit den Zahlen vor drei Jahren ergibt, daß mit Ausschluß des Deutzer Bezirks die christlichen Arbeiter diesmal 625 Stimmen mehr aufbrachten, die alle, ohne Ausnahme, auf die Stadtbezirke entfielen. Wenn die hiesige „Reinliche Zeitung“ also schreibt: „in der Stadt haben die Christlichen nichts mehr zu gewinnen“, so beweisen die Zahlen das Gegenteil. Verteilt sich doch der Stimmenzuwachs nicht nur auf einzelne, sondern auf sämtliche Stadtbezirke. Nach Sage der Oldener Verhältnisse haben wir also durchaus keine Ursache, mit dem Resultat unzufrieden zu sein. Der Augenstehende wird sich allerdings verborgen fragen: Wie kommt es, daß in Olda bei den Gewerbe-richtswahlen die christlichen Arbeiter nicht den Sieg davontragen? Die Antwort ist sehr einfach: In Olda haben die Sozialdemokraten über 40 Berufe gewerkschaftlich organisiert, mit einer Gesamt-Mitgliederzahl von über 6000. Hierin liegt das Hauptmoment für die sozialdemokratischen Stimmen. Demgegenüber sind augenblicklich die christlichen Gewerkschaften noch zu schwach. Dieselben sind, wie auch andernwärts, in den letzten Jahren gegründet worden und vorläufig erst in der Entwicklung begriffen. Wenn wir nun trotzdem in diesem Jahre, wo die Wahlbewegung in Olda zum ersten Male von den christlichen Gewerkschaften geführt wurde, einen Stimmenzuwachs von über 600 zu verzeichnen haben, so ist dies ein Beweis für die Lebenskraft der christlichen Arbeiterbewegung. Hinzu kommt, daß die christlich organisierten Arbeiter bei der diesjährigen Wahl gelernt haben und daß ihr Kampfesmut ganz bedeutend gestärkt wurde. Gatten wir doch am Tage vor der Wahl eine imposante Wählerversammlung, bestehend aus christlichen Arbeitern, wie wir eine solche bis jetzt noch nicht in Olda gehabt haben. Auch ist gerade jetzt unsere Gewerkschaftsbewegung in Olda in schönster Aufschwung begriffen. Wir sehen also mit gutem Grunde in die Zukunft, bauen rastlos unsere Gewerkschaft weiter aus und kämpfen bei der nächsten Wahl mit doppeltem Eifer. Das „Plattbräden“ der Christlichen, wie ein sozialdemokratischer Redner sich vor der Wahl ausdrückte, ist kläglich gescheitert, ebenso ist der Erfolg der „Rache“ für den Ausfall der vorhergehenden Wahlen recht man ausgefallen. Über 6000 mit Deutz 6000 überzeugungsstarke christliche Arbeiter lassen sich nicht so ohne weiteres plattbräden, das beweist die gethätigte Wahl und das wird die Zukunft uns so deutlich zeigen, je mehr die christlichen Arbeiter sich gewerkschaftlich organisieren. Und das letzteres geschieht, dafür werden wir auch in Zukunft fortwährend thätig sein.

Regensburg. Im letzten Winter hatten wir in Regensburg eine große Zahl Arbeitsloser zu verzeichnen. Aus diesem Grunde nahmen die christlichen und „freien“ Gewerkschaften eine Arbeitslosenzählung vor und überreichten das Material in Form einer Eingabe dem Magistrat. Dieser sandte jedoch nicht mal eine Antwort, ebenso wurde nichts bekannt, daß die Stadtverwaltung in dieser Sache etwas gethan hat. In diesem Jahre richtete nun der christliche Gewerkschaftsverein wiederum in derselben Angelegenheit eine Eingabe an den Magistrat, worauf folgende Antwort eintraf:

„Die staatlichen und gemeindlichen Behörden der Verwaltung sind schon seit langem auf dem Gebiete der Sozialpolitik, namentlich in der Richtung auf Milderung der Arbeitszeit und Beschäftigung der Arbeitslosen thätig. Auch der Stadtmagistrat Regensburg hat demzufolge nicht nur seinen Referenten ein einschlägiges, reichhaltiges Material an Zeitungsartikeln und größeren Druckwerken der Gegenwart, insbesondere was die Gewerkschaftsbewegung anlangt, zur Verfügung gestellt, sondern läßt auch durch seine Beamten im Benehmen mit fachkundigen, praktischen Beratern aus der Bürgerchaft die kritischen, kritischen Verhältnisse stetig beobachten und rechtzeitig bewerten. Doch vermag der Magistrat nicht, hierbei irgend einer selbstständig handelnden Parteivermittlung einen maßgebenden oder beaufsichtigenden Einfluß auf seine Thätigkeit zuzuwenden.“

Derselbe hat ohnedem über die von ihm getroffenen Maßnahmen auf dem in Rede stehenden Gebiete periodisch Bericht an die Rgl. Regierung zu erstatten und nach deren allenfälligen Weisungen sich zu richten. Dem Verlaufe einer Einmischung von anderer Seite, wäre dieselbe noch so gut gemeint, kann eine Beachtung nicht geschenkt werden, insoweit über das Anzügen oder Begutachten hinausgeriffen, oder gar eine amtliche Mitteilung über das gemeindebehörliche Wirken, also gewissermaßen ein rechtserklärender Rechenschaftsbericht, bezweckt werden möchte. Dies kommt lediglich der staatlichen Aufsichtsstelle und demnach dem zu Amtsdagen oder Erläuterungen berechtigten Gemeindevorstande der Gemeindevorstande zu. Eine Art von Kontrollorgan ist seitens der hiesigen Gewerkschaftsvereine, wie eine Folge in der Absicht der früheren Eingabe des einen Berichtes vom 11. Mai über

jener des anderen Vereines „Christlicher Arbeiterklub“ vom 16. Oktober 1908 gelegen zu sein scheint, wird vom Magistrat nicht anerkannt. Derselbe beharrt auf dieser Anschauung selbst im Hinblick auf die Ende Januar 1908 von den Gewerkschaften vorgenommenen Zählung von Arbeitslosen in Regensburg, nachdem das einseitig erhobene und schon nach der Art der Veranstaltung unsichere Ergebnis dieser Zählung, abgesehen von der Eingabe beider Vereine an den Magistrat vom 15. Februar 1908, gleichzeitig in einem Regensburger Volksblatt in einer Weise aufgeschauelt und verarbeitet wurde, die geeignet war, Mißtrauen und Unzufriedenheit gegen den Magistrat und Benützung eines Teiles der Bevölkerung zu erregen. Der Magistrat ist damals der Sache nachgegangen und hat auch an die Rgl. Regierung berichtet. Dessen behördliches Wirken ist nicht gleichzustellen mit der für die Öffentlichkeit überhaupt bestimmten Thätigkeit eines Zeitungsredakteurs. Es wurde daher jene Veröffentlichung für notwendig aber auch für hinreichend erachtet.

Nebenbei bemerkt, immerhin bleibt befremdend, daß daselbst Zeitungsbüro, welches auf seiner ersten, und zweiten Seite den Alarmartikel brachte, auf der dritten Seite eine Anzahl von Vergeltungsanzeigen gerade auch für die Arbeiter enthielt.

Die Stadt hat früher für Arbeitslose gethan, was sie für diese innerhalb der ihr gesetzlich gezogenen Grenze nach dem Maße ihrer Leistungsfähigkeit thun konnte, und sie wird darin auch jetzt und im kommenden Winter fortfahren. Freilich kann der Magistrat nur Arbeitswilligen, die in der Stadt Regensburg zuzukünftig sind, mit vorzugsweiser Berücksichtigung der Familienväter, beihelfen, nicht solchen, die nur einige Tage dahier arbeiten, um strafpolizeilicher Behandlung wegen Arbeitslosigkeit sich entziehen zu können, oder die im Winter von ihrer Sommerarbeit auszuruhen pflegen, auch nicht solchen, die die Parole ausgeben, „Unter 3 Mark wird auch im Winter nicht gearbeitet“, wohl aber unter der vorher gesetzten Einschränkung auf hiesige Arbeiter hauptsächlich denjenigen, die mit Schaufel oder Hacke oder mit Säge und Beil hantieren werden. Diese mögen sich nur an das städtische Arbeitsamt oder an das Stadtbauamt wenden.

Uebrigens könnten dieselben wohl auch Arbeit auf Staatsstraßen und Gewässern oder auf der Eisenbahn usw. sich verschaffen, indem sie direkt die einschlägigen, arbeitgebenden staatlichen Behörden angehen.“ J. W. Auer.

Freiburg. Vor Kurzem fand hier die Gewerbe-richtswahl statt. Mit Ehren ist die christliche Arbeiterchaft aus dem Kampf hervorgegangen. Die Wahl fand erstmals nach den Grundzügen der Verhältniswahl statt. Die christlichen Arbeiter errangen von 10 zu wählenden Beisitzern die Hälfte, also fünf. Die Wahlberechtigung ist gegenüber der Wahl vor 4 Jahren um rund 400 zurückgegangen. Dies dürfte zum großen Teil auf die ungenügend aufgestellten Wählerlisten zurückzuführen sein; eine große Zahl Arbeiter wurde von der Wahl zurückgewiesen, da sie nicht in die Listen eingetragen waren. Des weiteren sind eine große Zahl Arbeiter wieder umgelehrt, da sie bei langen Wartens im Wahllokale überdrüssig wurden; denn es waren nur drei Wahllokale errichtet für 4508 in die Listen eingetragenen Wähler, welche in 4 Stunden wählen sollten. Es sind dies Umstände, die schwer in die Waagschale fallen und möchten wir andere Orte, welche vor Wahlen stehen, darauf aufmerksam machen, daß dieselben auf diese Dinge achten und für bessere Einrichtung Sorge tragen. Ein Vorkommnis bei dieser Wahl verdient weitest Beachtung. Auf acht für die christliche Liste abgegebenen Stimmzetteln waren die fünf ersten Namen gestrichen, so daß diese nur 688 Stimmen erhielten, während die anderen 696 belamen. Die fünf ersten auf der christlichen Liste fielen insolge dessen durch und sind die anderen gewählt. Nun stellte es sich heraus, daß die Genossen diesen Streich verübten, damit die christlichen Führer nicht als Beisitzer gewählt würden, gaben einige von ihnen christliche Zettel ab und strichen die ersten fünf Namen. Es reißt sich diese That der Genossen würdig ihrem Verhalten bei der Reichs- und Landtagswahl an. Ein besseres Zeugnis für die Fähigkeiten der christlichen Führer hätte aber nicht erbracht werden können, als daß die Genossen diese strichen. Doch haben sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die nunmehr gewählten fünf christlichen Beisitzer werden ihren Mann ebenfugut stellen, wie es die andern gethan hätten, darauf können sich die Genossen verlassen. Die Wahl der Arbeitgeberbeisitzer zeigte ein Bild der ardsten Interessenlosigkeit, denn von circa 1200 Wahlberechtigten stimmten nur 43 ab. Die Gewerbe-richtswahl ist zu Ende, die Dreikantentlassenwahl steht bevor. Christliche Arbeiter rüftet euch!

Hannover. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ sind Schlagworte im Munde der Weltverbesserer vom Schlage derer des Dresdener Parteitag; in der Praxis sieht bekanntlich die Sache ganz anders aus, als die Theorie lautet. Diesen Unterschied zwischen Theorie und Praxis in anschaulicher Weise illustriert zu sehen, dazu hatten, wie der „Weiß- Arbeiterzeitung“ geschrieben wird, die Arbeiter von Hannover am Samstag den 28. November Gelegenheit. Der Einzeiler berichtet über die Versammlung wie folgt:

„Die Berliner Sozialorganisten oder die „feuertoten“ Gewerkschaftler hatten auf jenen Abend im „Ballhof“ eine Gewerkschaftsversammlung einberufen. Referent war ein „Genosse“ Edelmann aus Berlin. Derselbe schilderte die wirtschaftliche Krise, ihre Folgen und demgegenüber die Erfolge der Centralverbände der freien Gewerkschaften. Letztere hätten den Kampfescharakter verloren und sich auf das Unterstützungswesen geworfen, da die Ausstände ihnen keine Mitglieder mehr zuführten. Sie hätten an Zahl zugenommen, die Qualität sei aber desto schlechter geworden. Er sei der Ansicht, daß es bei einem Streik kein Zurück gebe, bis er gewonnen ist. Die Centralverbände der freien Gewerkschaften hätten die Mitglieder unter der Krante. Diese müßten nur zahlen und wären im Uebrigen nur Nummernmitglieder. Es hieße immer Mitglied „Nr. 10 und 10“, und der eiserne Disziplin müsse Folge geleistet werden. Deshalb hätten sie (die Sozialorganisten) sich 1899 abgetrennt. Die Centralisten dürften nicht glauben, daß sie ins Mittelalter trägen, wenn sie auf den vermeintlichen Selbststark ständen. Es wäre auch nicht alles Gold,

was glänzt. Der Referent ging dann auf den bekannten (in unserem Blatte bereits erwähnten. D. R.) Artikel in der „Einigkeit“, der den Terrorismus der Centralverbände der freien Gewerkschaften gegenüber den Anhänger anderer Organisationen brandmarkte, näher ein. Der Inhalt sei vollständig richtig, die Form aber verfehlt. Der „Vorwärts“ habe eine Verichtigung nicht abgedruckt. Im Ubrigen wären dem „Vorwärts“ die Stilküpfse vom Dresdener Parteitag alle, deshalb war der „Einigkeit“-Artikel für ihn ein gelungenes Fressen. Zum Schlusse führte er aus, daß der Arbeiter einen freien Willen hätte, und der müßte ihn auch hinsichtlich der gewerkschaftlichen Organisation gewahrt bleiben. Jeder solle sich nach seiner Ueberzeugung organisieren.“

Der Referent wurde in der Diskussion stark angegriffen. Ein Hagel von Zwischenrufen setzte nun ein: „Du bist ausgezogen, weil Du keinen Posten bekommen hast“ — „Und Du siehst nicht genug Geld“ — „Herunter von der Bühne“ — „Höre auf mit Deinem Quatsch“ — „Das ist zum Lachen“ — „Man sollte weinen über Dich“ — „Der ist keine Ehräne wert“ — „Der ist verrückt“ — „Das ist eine kleine Blütenlese. Der Artikelschreiber in der „Einigkeit“ wäre ein Schuft, meinte einer, der Referent Geldmann wäre aber noch viel mehr. Als noch einige Führer der freien Gewerkschaften in dem Tone rebelen, brach ein entsehllicher Tumult los. Ein Geschäftsordnungsbebatte entspann sich. Ein Duzend Anträge liefen ein, darunter einer auf Ersetzung des Vorsitzenden. Ruhe war nicht mehr herzustellen. Die „Brüder“ und „Genossen“ sprangen über Tische und Stühle, stürzten das Podium und wollten sich prügeln. So löste sich die Versammlung auf.“

Sörlitz. Ueber Entstehung und Entwicklung der preussischen Gewerbe-Inspektion“ referierte Herr Gewerbe- rat Weibel hier am 9. Dezember in einer vom hiesigen christlichen Gewerkschaftskomitee einberufenen Versammlung, welche gut besucht war. Auch hatten uns verschiedene Gäste, darunter der hochw. Präses des hiesigen katholischen Gesellenvereins, Herr Oberkaplan Winkler, mit ihrem Besuch beehrt. Der Herr Referent gab zunächst einen klaren Einblick in die Arbeitsverrichtungen der verschiedenen Böhler und Zeitperioden, den Einfluß der grandiosen technischen Errungenschaften in der Warenherstellung, sowie einen kurzen geschichtlichen Ueberblick über die bereits im 17. Jahrhundert erlassenen Bestimmungen (gesetzl.) zum Schutze der Arbeiter, insbesondere gegen den Mißbrauch des Zahlens in Wren. So erließ später Kaiser Karl Theodor am 18. Oktober 1798 ein Verbot an die Solinger Messerarbeiter, mit Waren anstatt mit Geld zu entlohnen. Das 19. Jahrhundert, das mit der Einführung der Dampfmaschinen eine große Anzahl von Arbeitern, die mit ihrer Muskelkraft arbeiteten, ausschaltete, förderte in der Einführung der Kinderarbeit Zustände zu Tage, die dringend der Abhilfe bedurften. In den Hadel-, Eisenbedel-, Papier- und Baumwollfabriken, wie in der gesamten Textilindustrie, waren Kinder schon vom 5. Jahre vielfach während der Nacht beschäftigt. Diesen schreienden Mißständen wurde, nach längeren Beratungen, durch das Kinderschutzgesetz vom Jahre 1839 ein Tamm entgegen- gesetzt, doch zeigte sich, daß die Ausführung des Gesetzes viel zu wünschen übrig ließ. Im Jahre 1845 gab die Stadt Breslau die Anregung zur Erneuerung von Fabrikinspektoren. Die bisher aus verschiedenen Mitgliedern des Handels und Gewerbes zusammengesetzten Gewerbe- räte waren für die Beaufsichtigung gewerblicher Anlagen nicht ausreichend. Im Jahre 1854 wurden die ersten drei Fabrikinspektoren ernannt. Die 1869 heraus- gegebene Gewerbeordnung für den „Norddeutschen Bund“ hatte die Anstellung besonderer Gewerbeaufsichtsbeamten nicht für erforderlich gehalten. Erst am 24. Mai 1879 wurden besondere Aufsichtsberrante ernannt, welche den Titel „Gewerbe- räte“ führten. Einen bedeutamen Umschwung brachten auf sozialpolitischem Gebiete die 70er Jahre: Kaiser Wilhelm I. brachte das Arbeiterversicherungsgesetz zur Beratung der gesetzgebenden Körperschaften, welches einzelne politische Parteien inhaltlich schon gefordert, und von jenen angenommen wurde. Durch die obligatorische Einführung der Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung wurde die soziale Lage der arbeitenden Klassen wesentlich gehoben. Im weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung erfolgte die Einführung der Gewerbe-richte. Die letzte und wichtigste Aufgabe gilt nunmehr der Erhaltung der Gesundheit des Arbeiterstandes, denselben körperlich und geistig zu heben, zur Erhaltung und Förderung des gesamten Volkswohls. Die Schaffung von Arbeitsgelegenheit soll durch internationale Abmachungen geregelt werden. Durch die Revision der Arbeiterchutzgesetze wurde eine Vermehrung der Aufsichtsbeamten nötig, die durchweg aus technischen Kreisen gewählt wurden. Redner schloß seinen interessanten Vortrag mit der Bekanntgabe der wesentlichsten Aufgaben der Gewerbe-Inspektion resp. Beobachtung über: 1. Die Vorschriften über Sonntagsruhe in Industrie und Handwerk (§ 105a—h G.-D.); 2. Vorschriften über den Schut von Leben, Gesundheit und Sittlichkeit (§ 120 e—d G.-D.); 3. Die Arbeits-Ordnungen (§ 129a—h G.-D.); 4. Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern (§§ 135—139a G.-D.); 5. Arbeitsbücher (§§ 107—113 G.-D.) und Sozialzahlung (§§ 115—119a G.-D.), und verband damit das Schreiben, bei allen dies Gebiet berührenden Fragen sich an ihn zu wenden, um eine größere Fühlung mit der hiesigen Arbeiterschaft herbeizuführen, bis jetzt nehmen durchschnittlich 30 Arbeiter i. J. seine Hilfe in Anspruch. In der eben Diskussion ermahnte in humorvoller Weise der hochw. Herr Oberkaplan zu recht reger Agitation für unsere christlichen interkonfessionellen Gewerkschaften und wünschte, daß wir hier in kurzer Zeit noch hundert und tausenden Mitglieder zählen. Er regte auch die Mitglieder des Gesellenvereins zum Beitritt an. Desgleichen bedauerte er die Berliner Richtung, welche und im Osten herant, und wies hin auf Süd- und Westdeutschland, wo seitens der konfessionellen Vereine unsere Bewegung gefördert wird. — Nach Neujahr beginnt ein sozialer Kursus der christlichen Gewerkschaften. Näheres Sonntag den 27. Dezember, vormittags 11 Uhr, im „Klosterbrunnen“. Erwähne jeder Kollege und bringe unorganisierte mit. In diesem Quartal sind wir trotz der Segner im eigenen Lager (Weiß- Arbeiter) wieder gescheitert. Wir müssen den „Vorwärts“ nicht so leicht man lassen. Der sozialistische Kursus hat begonnen.

Gewerkschaften. In Billigkeit trifft diesbezüglich der Anspruch zu: Viel Gehalt und wenig Woll.

Landshut. Das Hauptinteresse der hiesigen Arbeiterkass ist in der letzten Zeit darauf gerichtet, an Stelle der in ihren Beständen gänzlich ungenügenden Gemeinde-Krankenkasse eine Ortskrankenkasse zu bekommen. In diesem Zweck wurde am 6. Dezember eine große öffentliche Arbeiterversammlung abgehalten und zu dieser Frage Stellung genommen. Der Referent, Kollege Königbauer-München, behandelte in seinem Referate die Frage: „Ist eine Ortskrankenkasse notwendig? Den Arbeiterversicherungs-gesetzen läge das Motiv zu Grunde, daß der kranke, invalide oder unfallverletzte Arbeiter eine ausreichende Pflege haben soll. Die Gemeinde-Krankenkasse sei hierzu nicht imstande, da dieselbe nur die gesetzlichen Mindestleistungen zu bieten könne. Durch die niederen Orts-Ärztlichen Leistungen werde auch das Krankengeld so nieder, daß es für einen Familienunterhalter eine Unmöglichkeit sei, sich auch nur das Nötigste zu beschaffen. Ein Kranker soll aber sogar mehr Mittel zur Verfügung haben, und durch materielle Sorgen wird auch der Heilungsprozess ungenügend beeinflusst. Die Ortskrankenkasse hat dagegen die Möglichkeit, daß sie das Krankengeld bis zu 7/8 des orts-Ärztlichen oder durchschnittlichen Tagelohnes erhöhen und die Unterstützungsdauer bis zu einem Jahre verlängern könne. Die Gemeinde-Krankenkasse bietet keine Wohnunterstützung; die Ortskrankenkasse muß dieselbe nach der neuen Fassung mindestens auf 6 Wochen gewähren. Die erstere kann kein Sterbegeld bezahlen, die letztere muß ein solches im 20fachen Betrag des zur Berechnung kommenden Tagelohnes gewähren und kann dasselbe auf den 40fachen Betrag erhöhen. Ferner kann von derselben auch für Familienangehörige Sterbegeld bezahlt werden. Außer diesen genannten Vorteilen bietet die Ortskrankenkassen bezgl. der Unterstützungen noch verschiedene Vorteile. In der Verwaltung der Gemeinde-Krankenkasse haben Arbeiter und Arbeitgeber nichts mitzubestimmen. Die Ortskrankenkassen dagegen werden von Beiden gemeinsam verwaltet und ist den Arbeitern durch die Zweidrittel-Majorität die Möglichkeit geboten, die Kassen zu ihren Gunsten auszubauen. Das Zusammenarbeiten von Arbeitern und Arbeitgebern sei aber auch von großem sozialpolitischen Werte. Bei Einführung der Ortskrankenkasse soll man darauf achten, daß an einem Orte nur eine solche Kasse errichtet wird, um nicht durch zu große Zerstückelung die Leistungsfähigkeit zu gefährden. Auf die zu Anfang des Vortrages gestellte Frage könne keine andere Antwort gegeben werden, als daß die Arbeiterschaft wegen der dadurch gebotenen Vorteile unbedingt die Errichtung einer Ortskrankenkasse verlange. Sie habe auch ferner Vertrauen zu dem sozialpolitischen Verständnis des Magistrats, daß derselbe diesen berechtigten Forderungen nachkommen werde. Allerdings dürfen die Arbeiter auch vor den notwendigen höheren Beiträgen nicht zurückweichen. Der Referent besprach dann noch die der Arbeiterschaft zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mittel zur Einführung einer Ortskrankenkasse. Die lebhaftesten Diskussionen, an welcher sich außer einem Herrn Arzt und verschiedenen Kollegen auch einige Genossen beteiligten, verlief in zustimmendem Sinne und wurde nach Annahme einer entsprechenden Resolution die Versammlung geschlossen.

Verdingen. Am 13. Dezember wurde auch hier eine Zahlstelle des christlichen Holzarbeiterverbandes gegründet. Kollege Schulte-Fresfeld hielt mit einer Anzahl Kollegen eine Besprechung ab, erklärte bei dieser Gelegenheit den Zweck und die Bedeutung des Verbandes und forderte die Anwesenden auf, denselben beizutreten. Die meisten Kollegen folgten der Aufforderung und erklärten ihren Beitritt. Folgende Kollegen wurden provisorisch in den Verband gewählt: 1. Vorsitzender, Kollege Hellmann; 1. Kassierer, Kollege Dohse; 1. Schriftführer, Kollege Bögen. Der Vereinslokal befindet sich bei Wm. Hoshach. Wegen mancher die neu in den Verband eingetretenen Kollegen beschließen auch für immer fern bleiben und durch eine ungehinderte Agitation die noch fernstehenden Kollegen zu gewinnen haben.

Dülmen. Die am 6. Dezember hier abgehaltene Gewerkschaftsversammlung war leider nicht so besucht, wie man es mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Vortrages über die Kranken- und Invalidenversicherung hätte erwarten können. Kollege Deuerich eröffnete gegen 4 Uhr die Versammlung und leitete in kurzen Worten auf die Wichtigkeit der christlichen Gewerkschaften hin. Sodann sprach Kollege Schmitt-Bahall über die beiden Verträge...

Gesetz und kam dann auf die zu erstrebenden Reformen zu sprechen. Manches sei ja z. B. beim Krankentagegeld durch die letzte Novelle besser geworden, besonders dadurch, daß die Unterstützungsdauer von 13 auf 26 Wochen ausgedehnt worden sei. Kollege Schmitt verstand es, durch seine klare, allgemein verständliche Vortragweise die Anwesenden zu fesseln und betonte am Schlusse seiner Ausführungen, daß ein jeder Kollege bestrebt sein müsse, sich mit den diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen bekannt zu machen. Um besten könne dieses geschehen in Unterrichtskursen, in den Gewerkschaftsversammlungen und durch Lesen von geeigneten Schriften. Reicher Beifall lohnte den Redner. Kollege Deuring wies in der Diskussion noch besonders auf die christlichen Gewerkschaften hin, welche bestrebt seien, ihre Mitglieder in allen sozialpolitischen Angelegenheiten zu schützen. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Agitation.

Unterzeichneter wird Mitte Januar 1904 eine Agitationstour durch Baden unternehmen. Diejenigen Ortsgruppen, welche eine Versammlung wünschen, werden ersucht, dies bis spätestens 3. Januar Unterzeichneter mitzuteilen. Nach diesem Tage einlaufende Anmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Franz Fischer, Mühlhausen i./E., Kirchstraße 54.

Krankengeld-Zusatzklasse.

Mit dem 31. Dezember ist für die Krankenkasse Quartal-Schluß. Wir bitten deshalb die Kassierer, die bereits in ihren Händen sich befindlichen Formulare richtig und sauber auszufüllen und die Abrechnung pünktlich einzusenden. Bei der Krankenkasse muß, da dieselbe von der Behörde revidiert wird, bis ins Kleinste Ordnung herrschen.

Neue Verwaltungsstellen wurden errichtet in Breslau, Berrath und Schwabstien. Die dortigen Kollegen wollen nachstehende Adressen beachten:

Breslau: Kassierer: Rudolf Rother, Fürststr. 32. Vertrauensarzt: Dr. F. Frinze, Breistr. 28. Zahlungsgelegenheit: In den 14-tägigen Mitglieder-versammlungen des Verbandes.

Berrath: Kassierer: Johann Strahl, Leichstr. 401. Vertrauensarzt: Dr. Zellerling, Silbererstraße. Zahlungsgelegenheit: In jeder Mitglieder-versammlung und in der Wohnung des Kassierers.

Schwabstien: Kassierer: Joseph Pfanzelt, D. R. 17. E. Vertrauensarzt: Dr. Karl Hagl, Schwanen. Zahlungsgelegenheit: An jedem Sonntag und Feiertage von 12-1 Uhr in der Wohnung des Kassierers.

Versammlungs-Anzeiger.

Versammlungen finden statt:

- Nagel. Sonntag den 27. Dez., morgens 11 Uhr, Elbschornsteinstraße 6.
Nagel-Burischfeld. Mittwoch den 23. Dez., abends 9 Uhr, in der Jagt.
Darmen. Samstag den 26. Dez., abends 8 1/2 Uhr, Parlamentstraße 2.
Berrath. Sonntag den 27. Dez., morgens 11 Uhr, Berrather Hof.
Bonn. Samstag den 19. Dez., abends 9 Uhr, Wilhelmstraße 18, Versammlung.
Boscham. Samstag den 26. Dez., abends 8 1/2 Uhr, bei Ruck.
Boscham. Sonntag den 27. Dez., vormittags 11 1/2 Uhr, „Burg Hohenzollern“.
Bremen. Samstag den 19. Dez., abends 9 Uhr, Nachtstraße 48-49. Tagesordnung: Eröffnung eines Ortsvereins.
Coblenz. Sonntag den 27. Dez., nachmittags 2 Uhr, Grundmarkt 1.
Cöln-Rippel. Samstag den 19. Dez., abends 9 Uhr, Gte. Thurn- und Einheitsstraße: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Lutzscheid. 2. Verlegung der Versammlungen. 3. Verschiedenes.

- Coesfeld. Sonntag den 27. Dez., vormittags 11 1/2 Uhr, Hotel Lindenhof, 2. Thür links.
Cöln. Samstag den 26. Dez., abends 9 Uhr, Ghyenstr. 74.
Düsseldorf. Ausnahmeweise Sonntag den 20. Dez., morgens 1/11 Uhr, im Paulushaus. Wegen reichhaltiger Tagesordnung muß jeder Kollege erscheinen.
Dortmund. Samstag den 26. Dez. bei Theßen, Almalienstraße 3.
Dülmen. Sonntag den 27. Dez., morgens 11 Uhr, bei Wwe. Jolech Kant.
Duisburg. Samstag den 26. Dezember, abends 9 Uhr, bei Montenbruck, Friedrich-Wilhelm-Platz.
Essen (Ruhr). Samstag den 26. Dez., im Alfredshaus.
Elberfeld. Mittwoch den 23. Dezember, abends 9 Uhr, Restauration, Herlentath, Klopfbahn.
Fürth. Samstag den 26. Dezember, abends 8 Uhr, im Gesehthofspiz.
Freiburg. Samstag den 26. Dezember, Gasthaus „Zum Hirschen“.
Hirschheim. Samstag den 26. Dezember.
Goch. Sonntag den 27. Dezember, morgens 1/11 Uhr, im Gesellenverein, Mühlentstraße.
Schweizer. Samstag den 26. Dezember, im Lokal des christl. Männervereins.
Herke. Samstag den 26. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Ruckbaum.
Hagen. Samstag den 26. Dezember abends 9 Uhr, bei Gastwirt Jos. Stij, Hochstraße 76.
Hannover. Mittwoch den 23. Dezember, im Arbeitsverein, Zimmer 1.
Hamburg. Montag den 21. Dezember, „Zur Wartburg“, Häften 60.
Halle. Samstag den 19. Dezember, Caffee Royal, Entlingerstraße 3.
Helmheim. Montag den 21. Dezember, abends 1/9 Uhr, Gasthaus zum Bahnhof.
Landshut. Sonntag den 20. Dezember, nachm. 8 Uhr, Generalversammlung mit Verteilung der Monatsbeiträge.
Krausheim. Samstag den 26. Dezember, abends 1/9 Uhr im Lokal „Zur Margaretha“ S. 2. Nr. 10.
Mühlheim-Ruhr. Sonntag den 27. Dezember bei Westhof, Rathausmarkt.
Münster. Sonntag den 20. Dez., nachmittags 6 Uhr, General-Versammlung mit Vorstandswahl bei Pape, Clemensstraße. Die Mitglieder beider Sektionen müssen erscheinen.
München. Samstag den 26. Dezember, abends 8 1/2 Uhr im goldenen Anker.
Nürnberg. Samstag den 26. Dezember, im Gesehthofspiz.
Rens. Sonntag den 27. Dezember, morgens 10 Uhr, Restauration Hermann Müller, Abentstraße.
Paderborn. Sonntag den 27. Dezember, morgens 11 Uhr, Restauration Lepp, Kleiner Domplatz.
Pöfen. Sonntag den 20. Dezember, nachmittags 2 Uhr im Hotel des Sage, Breslauerstraße.
Rochlinghausen. Sonntag den 27. Dezember, morgens 11 Uhr beim Wirt Wältenbauer.
Remscheid. Sonntag den 27. Dezember, vormittags 11 1/2 Uhr, Restaurant Salamander, Kronenstraße.
Regensburg. Sonntag den 27. Dezember, nachmittags 8 Uhr in der Jakobinerkirche.
Stuttgart. Sonntag den 13. Dezember, morgens 11-1 Uhr: Versammlung.
Schwefers. Montag den 21. Dezember, abends 8 Uhr.
Trier. Sonntag den 27. Dezember, vormittags 11 Uhr im Vereinshaus Trepitz.
Tiz. Jeden Sonntag, morgens 10 Uhr, im Gesehthofspiz, Vereinslokal Schafflerstraße.
Wiesbaden. Montag den 21. Dezember, abends 9 Uhr im katholischen Gesehthofspiz.
Werken. Sonntag den 20. Dezember, vormittags 1/11 Uhr bei Wirt an der Weide.

Briefkasten der Redaktion.

Dülmen. Berichte für's Organ sind nur auf eine Seite des Papiers zu beschreiben.
Eingeliegliche Bachmann. Deine Verbandsbeiträge sind nunmehr bis einschließlich dritte Woche im Februar 1904 gezahlt. Gruß.
Lippstadt. Der Brief kostet 20 Pfg. Straßposto.

Advertisement for Paul Horn Hamburg, Fabrik Chemischer Produkte. Includes images of various chemical products and medals.

Advertisement for Monopol-Polituren (Schellack-Polituren), Wasserechte Beizen, Copal, Bernstein, Politur-Glanz-Lacke, Schellack-Porenfüller, Schellack-Politur-Extrakte, Div. Sorten Leim, Kunststeinpapiere, Patent-Politur zum Reinpulieren, Spiritus la. rektifiz. 96%.

Advertisement for Zähler-Fachschule Detmold, Heinrich Cheiffing, Köln. Includes details about training and courses.

Additional text at the bottom left, possibly contact information or further details for Paul Horn.